

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/23

3. Februar 1975

Die SPD macht mobil

Sozialdemokratische Strategie für 1975 und 1976

Seite 1 / 43 Zeilen

Sind unsere Städte am Ende?

Eine Bilanz und Vorschläge für eine bessere kommunale
Finanzstruktur

Von Hans Koechnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 2 bis 4 / 101 Zeilen

Fall Schwarz wird zum Fall Kohl

Diffamierung der SPD soll vom CDU-Versagen ablenken

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Sportliche Alleinvertretung in China

Nur die Bundesrepublik unterhält Sportbeziehungen
zu Peking

Seite 7 und 8 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 08 88 948 - 48 ppnd d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die SPD macht mobil

Sozialdemokratische Strategie für 1975 und 1976

Die Ankündigung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, daß seine Partei auf allen Feldern ihrer politischen, grundsätzlichen und organisatorischen Arbeit mobil macht, gibt, wenn man sich den Ablauf der Wochenendsitzung des Gesamtvorstandes vor Augen hält, den einmütigen Willen der Parteiführung wider. Die SPD hat die Schocks des Kanzlerwechsels und der Wahlniederlagen verarbeitet, und sie zeigt sich wieder kräftig genug, um die Aufgaben zu erfüllen, die sie sich aus der Pflicht ihrer tonangebenden Rolle im Staat und in der Gesellschaft selbst gestellt hat.

Diese Mobilmachung der SPD dient einem doppelten Zweck. Sie soll, von dem festen Boden ihres Godesberger Grundsatzprogramms und ihres umfassenden Aktionsprogramms aus, mit Hilfe einer gestrafften und schlagkräftigen Organisation einmal die Leistungen steigern, die die Partei in ihrem Koalitionsverbund zur geschlossenen Unterstützung der Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler bringen will und wird. Die intensive Diskussion, die unter ständiger Mitwirkung Helmut Schmidts geführt wurde, hat gezeigt, daß von der so viel behaupteten "Lücke" zwischen dem Kanzler und der Partei nicht nur keine Rede sein kann, sondern daß sie auf oft gewollten Fehleinschätzungen beruht. Willy Brandts Aussage vor der Bonner Presse trifft den wirklichen Tatbestand. Zum andern richtet sich die Mobilmachung mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gegen die Unions-Parteien. Die von den Vorstandsmitgliedern geforderte Offensive wird zur konturierten innenpolitischen Realität werden, wobei die SPD freilich entschlossen ist, den von einigen CDU- und CSU-Gruppen begonnenen Unterdem-Gürtel-Kampf zwar in aller Härte, aber nicht auf derselben Ebene zu stoppen.

Die SPD, die sich in ihren Gliederungen mit dem "Orientierungsrahmen '65" befassen wird, der auf dem November-Parteitag in Mannheim zu beschließen sein wird, will sich bereits in der allernächsten Zeit in einer ganz konkreten politischen Proklamation an die gesamte Öffentlichkeit der Bundesrepublik wenden. Die "Recklinghauser Erklärung", die am 17. Februar von einem größeren Parteiforum, der Bundeskonferenz, beschlossen werden soll, wird die von Willy Brandt angekündigte Mobilmachung der Gesamtpartei in ihren beiden Zielrichtungen scharf artikulieren. Man wird sehen, daß die SPD entschlossen ist, in realistischer Einschätzung der wirklichen Gegebenheiten, der großen Schwierigkeiten und der anzustrebenden Erfolge nicht nur ihren Platz fest zu behaupten, sondern weiter nach vorn zu gehen und das breite Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

(ee/3.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Sind unsere Städte am Ende ?

Eine Bilanz und Vorschläge für eine bessere kommunale Finanzstruktur

Von Hana Koechnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und

Mitglied des Vorstandes der SPD

"Rettet unsere Städte jetzt": So lautete das Motto, unter dem sich der Deutsche Städtetag bereits im Jahre 1971 an alle Menschen in diesem Lande, an Regierende und Bürger, an Wirtschaft und Wissenschaft wandte. Dieser auf-rüttelnde Appell bezieht sich vor allem Dinge auf die Notstände in den größeren kommunalen Gebietskörperschaften und wird durch Schlagworte wie Umweltschutz, Verkehrsmisere, Städte-sanierung in seiner Eindringlichkeit unterstrichen. Allen diesen Problemen gemeinsam war und ist, daß ihre Bewältigung viel Geld kostet. Das aber ist bei den Kommunen im notwendigen Umfang schon lange nicht mehr vorhanden.

Der wirtschaftliche Wiederaufschwung in der Nachkriegszeit vollzog sich in der Bundesrepublik zunächst überwiegend im privaten Bereich. Nun ist aber nach Erreichen eines bestimmten Niveaus von privatem Wohlstand seine weitere Steigerung davon abhängig, in welchem Maße damit in Verbindung stehende Kollektivbedürfnisse befriedigt werden können. Die Bundesrepublik ist bereits in den 60er Jahren an diesem Punkt angekommen. Dies bedeutet, daß ein Umdenken erfolgen muß; neue Prioritätsentscheidungen sind die Folge. Ein Rückblick zeigt, daß die Notwendigkeit einer entsprechenden Veränderung im täglichen Leben zwar erkannt, aber durch konkrete Entscheidungen noch nicht abgesichert ist. Die Städte und Gemeinden stehen heute vor der fast unlösbaren Aufgabe, ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nachzukommen.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß Kommunalpolitik Gesellschaftspolitik ist. Ich muß daran erinnern, daß eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse für die Gemeinden eine Verstärkung ihrer Investitionen und Dienste bedeuten wird. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß eine wesentliche Rahmenbedingung unserer täglichen Kommunalpolitik eine ausreichende kommunale Finanzausstattung ist. Wie sehen aber die Tatsachen aus? Trotz der Finanzreform von 1969 müssen die Städte und Gemeinden noch immer gegen eine unzureichende Finanzdecke ankämpfen und scheinen diesen Kampf angesichts der ständig wachsenden Aufgabenfülle mit allen Konsequenzen zu verlieren. Die Zeiten sind lange vorbei, in denen dem Bürger immer nur die Stadt als steuerberechtigtes Subjekt entgegentrat und diese dann an Reich und Landesherrn lediglich Kontributionen, d.h. Überweisungen, abzugeben hatte.

Heute sind die Städte und Gemeinden dagegen zu Kostgängern von Bund und Ländern geworden. Sie sollen zwar das bei weitem größte Investitionsvolumen

bewältigen, gleichzeitig aber mit der im Vergleich zum Staat ungünstigen Finanzausstattung und einem schwindenden eigenverantwortlich ausgeschöpfbaren finanziellen Spielraum vorliebnehmen. Kommunalpolitik muß also auch darauf hinauslaufen, den Gemeinden zu einer ihrer Aufgabenstellung angemessenen Finanzausstattung zu verhelfen, falls wirklich eigenverantwortliche, gesellschaftspolitische Aktivitäten in den Städten und Gemeinden initiiert und realisiert werden sollen. Zur Illustration der gegenwärtigen Finanzausstattung der Gemeinden und ihrer absehbaren Entwicklung seien nur drei besonders gravierende Fakten hervorgehoben: 1/ Die im Vergleich zum Staat ungünstigere Einnahmen/Aufgabenrelation. 2/ Die im Vergleich zum Staat wesentlich schlechtere Einnahmestruktur und 3/ die bedrohlich abnehmenden Möglichkeiten zur Investitionsfinanzierung in der Zukunft.

Auf der Basis 1962 = 100 betrug der Index der Bundesausgaben im Jahre 1972 etwa 200, für die Länder galt 229, während der Index der Gemeindeausgaben auf 269 stieg. Die Gemeinden übertrafen damit auch bei weitem die Ausgabenentwicklung aller öffentlichen Haushalte, deren Index 1972 auf 239 stand. Dieser Ausgabenentwicklung steht folgendes Wachstum der steuerlichen Einnahmen gegenüber: Auf der Basis 1962 = 100 wuchsen bis 1972 die Steuereinnahmen des Bundes auf 223 an, die der Länder auf 240 und die der Gemeinden auf 228. Das bedeutet, daß die Steuereinnahmen der Gemeinden unter dem durchschnittlichen Wachstum der Steuereinnahmen der gesamten öffentlichen Hände lag, das mit 230 beziffert wird.

Die absehbaren Belastungen aus der Steuerreform, der gegenwärtig rezessive Konjunkturverlauf und der Mangel an eigener Finanzkraft wirken nachhaltig auf die kommunale Haushaltsplanung 1975 ein: Nach allen verfügbaren Informationen muß in diesem Jahr mit einer rückläufigen Finanz- und Leistungskraft der Städte und Gemeinden gerechnet werden. Das hat zur Folge, daß die Städte und Gemeinden - obwohl Hauptträger der öffentlichen Investitionen - den konjunkturpolitischen Notwendigkeiten nicht genügend Rechnung tragen können. Das bedeutet auch, daß die Städte die Versorgung ihrer Bürger einschränken müssen. Die finanzielle und haushaltswirtschaftliche Lage der Städte und Gemeinden am Jahresanfang 1975 ist deshalb besonders schwierig, weil - obwohl alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden - ein realer Rückgang der investiven Leistungen zu befürchten ist. Dies werden nämlich nominal allenfalls mit weniger als drei vH steigen. Schon um dieses Investitionsniveau zu erreichen, müssen die Kommunen ihre Nettoneuverschuldung um 41,5 vH ausdehnen. Hiermit zeigt sich, daß aller Bereitschaft zur äußersten Ausschöpfung des Kreditspielraums dem konjunkturpolitischen Beitrag der Städte und Gemeinden Grenzen gesetzt sind.

Aus dem Gesamtbild der Finanzlage der Städte und Gemeinden lassen sich folgende Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzstruktur ableiten:

- 1/ Eine funktionsgerechte und leistungsfähige kommunale Finanzwirtschaft

setzt voraus, daß die Einnahmen mit den notwendigen Ausgaben Schritt halten und zudem die Aufgabenverteilung und die Finanzverteilung für Bund, Länder und Kommunen aufeinander abgestimmt sein müssen. Daran fehlt es jedoch noch immer!

2/ Es müssen nunmehr endlich die vom Deutschen Städtetag wiederholt geforderten Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung der Finanzausstattung aller öffentlichen Hände - d.h. des Bundes, der Länder und der Gemeinden - eingeleitet werden. Die notwendige Verbesserung der kommunalen Finanzstruktur muß in erster Linie über eine Verstärkung der kommunalen Steuereinnahmen erfolgen.

3/ Die augenblickliche konjunkturpolitische Lage zwingt die Kommunalpolitiker, bestimmte Positionen neu zu überdenken und neue Prioritätsentscheidungen zu treffen. Einen sehr hohen Stellenwert - wenn nicht sogar den höchsten - nimmt zur Zeit das Bemühen um die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze ein, wobei gleichzeitig die Schwierigkeiten besonders beim gewerblichen Mittelstand gesehen werden müssen, denen es zu begegnen gilt. Um hier wirksam und gezielt helfen zu können, ist es ein Gebot der Stunde, daß die Städte und Gemeinden - obgleich sowohl finanzpolitisch als auch finanzwirtschaftlich kaum noch vertretbar - den Weg einer weiteren Verschuldung gehen müssen. Die Folgen dieses Vorschlages zwingen uns alle, die Verantwortlichen wie die Bürger, nicht nur über neue Wege einer Finanzierung von öffentlichen Investitionen nachzudenken, nicht uns nur mit verbalen Erklärungen und Forderungen zu begnügen, sondern konkret zu handeln zum Wohle und zum Nutzen unserer in Not geratenen Bürger. (-/ 3.2.1975/ks/pr)

+ + +

Fall Schwarz wird zum Fall Kohl

Diffamierung der SPD soll vom CDU-Vorsitzen ablenken

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Was muß ein Regierungschef zu decken und zu verdecken haben, wenn er sich so benimmt, wie sich der CDU-Bundesvorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl in den Landtagssitzungen, die sich mit dem Fall seines Innenministers Heinz Schwarz befaßten, in jüngster Zeit gleich zweimal benommen hat: flagrant, unverschämt und darauf angelegt, den politischen Gegner grundlos zu provozieren und zu diffamieren, etwa dadurch, daß er die SPD in die Nähe der Extremistengruppen rückte.

Die sozialdemokratische Fraktion ist am Freitag vergangener Woche aus dem Mainzer Landtag ausgezogen, nachdem Kohl sich weigerte, sich zu entschuldigen und darüber hinaus erneut versuchte, durch weitere Unterstellungen die Atmosphäre in der Schlußsitzung des 7. rheinland-pfälzischen Landtags weiter zu vergiften.

Einen sachlichen Grund für die Entgleisungen des sehr nervös und dünnhäutig gewordenen Ministerpräsidenten hatte es nicht gegeben. Auf der Tagesordnung stand lediglich die Präzisierung des Untersuchungsauftrages für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der das Verhalten von Innenminister Schwarz überprüfen und bewerten soll - und dieses ist ein Recht der parlamentarischen Minderheit. Daß Kohl dennoch die härteste Konfrontation suchte und jeden einzelnen der 42 SPD-Abgeordneten anprangerte, weil sie gegen einen seiner Minister das selbstverständliche Kontrollrecht der Parlamentarischen Untersuchung wahrgenommen haben, konnte nur dieses Ziel haben: Vom eigentlichen Fall Schwarz und von dessen Unfähigkeit abzulenken, mit Geheimmaterial anderer Strafverfolgungsbehörden in einer kritischen Situation sachgerecht umzugehen, wenn auch um den Preis der Zurückstellung persönlicher Publizität in Presse, Funk und Fernsehen.

Ganz offensichtlich war Schwarz und Kohl am Tage vor der letzten Landtagssitzung bekanntgeworden, daß das Mainzer Innenministerium einen neuen

Beweis organisatorischer Unfähigkeit im Umgang mit strenggeheimem Polizeimaterial geliefert hat. Minister Schwarz hatte nämlich dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß am Montag vergangener Woche "versehentlich" eine weitere, gewissermaßen dritte Fassung seiner umstrittenen Beader-Meinhof-Dokumentation zugeleitet, die diesmal noch geheimeres Material enthielt, nämlich umfassende Angaben über geplante oder bereits eingeleitete polizeiliche Maßnahmen gegen die BM-Terroristen im gesamten Bundesgebiet. Auch dieses streng geheime Material ist im Mainzer Innenministerium ohne den Vermerk "VS - Verschlusssache, amtlich geheimgehalten" geführt und ebenso offen auch dem Untersuchungsausschuß zugeleitet worden.

Dieses neuerliche Versagen und vielleicht auch noch mehr suchten Kohl und der politisch bedeutungslose CDU-Fraktionsvorsitzende Böckmann zu decken und zu verbergen, wobei der Gipfel christlich-demokratischer Diffamierung erreicht wurde, als Böckmann in seinem Debattenbeitrag die hessischen Landesminister generell als "Flaschen" bezeichnete und der CDU-Landtagspräsident dabei den überfälligen Ordnungsruf oder gar eine Zurückweisung vermissen ließ.

Für den beginnenden Landtagswahlkampf ist dieser Stil, den der CDU-Vorsitzende Kohl und seine Getreuen eingeführt haben, äußerst bedenklich. Da Kohl auch in das Verfahren des Untersuchungsausschusses durch seinen "Voraus-Freispruch" für Schwarz in die elementaren Rechte des Parlaments eingegriffen hat, hat er es sich selbst zuzuschreiben, daß der Fall Schwarz immer mehr zum Fall Kohl wird, zumal das Fehlverhalten von Schwarz unmittelbar vor der "Aktion Winterreise" kaum denkbar gewesen wäre, wenn Dr. Kohl damals in Mainz noch Zeit zum Regieren und zum Koordinieren zwischen seinen Ministerien gefunden hätte.

(-/3.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Sportliche Alleinvertretung in China

Nur die Bundesrepublik unterhält Sportbeziehungen zu Peking

Die DDR hat der Volksrepublik China erneut bestätigt, daß zwischen Ost-Berlin und Peking eine feindselige Haltung besteht. Für die DDR-Führung stellt sich damit auch die Frage sportlicher Beziehungen zur Volksrepublik China überhaupt nicht. So wird es weiterhin dabei bleiben, daß der Bundesrepublik Deutschland im Sport genau das zufällt, was Ost-Berlin an allen Fronten bekämpft: die westdeutsche Alleinvertretung.

Der Botschafter der Volksrepublik China in Bonn, Wang Shu, sieht den Stand der deutsch-chinesischen Sportbeziehungen so: "Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nimmt auch der Austausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports ständig zu. Diese Entwicklung trägt nicht nur zur Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern, sondern auch zur Vertiefung des Verständnisses und der Freundschaft beider Völker bei". Wohlklingende Worte, die gegenüber der DDR-Politik unvorstellbar sind. 1975 wird es deutsch-chinesische Begegnungen in etwa zehn Sportarten geben.

Ein Leckerbissen ist dabei die Rückbegegnung der Badmintonspieler aus dem Reich der Mitte, die im Mai zu sechs Wettkämpfen in die Bundesrepublik kommen. Besonderes Interesse haben die Chinesen auch am Fußball, nachdem die FIFA einen entsprechenden Beschluß zugunsten der Volksrepublik China gefaßt hat. International hat die Pekingische Volksrepublik inzwischen längst die olympische Norm erfüllt, die die Anerkennung durch fünf olympische Fachverbände vorsieht.

Peking ist klar geworden, daß die Praktiken bei den Asienspielen 1974 in Teheran negative Rückwirkungen auf die angestrebte Mitgliedschaft im Internationalen Olympischen Komitee gehabt haben. So ist es bedenklich ruhig um "China und Olympia" geworden, obwohl die sowjetische Sportführung fest damit rechnet: die Sportler aus dem Mao-Land sind bei den XXII. Olympischen Spielen 1980 in Moskau dabei. Es bedarf andererseits einer beharrlichen

Diplomatie der chinesischen Sportvertreter, der Führung des Internationalen Olympischen Komitees nahelegen, erneut mit wirkungsvollen Schritten die Bahn für eine IOC-Mitgliedschaft des volkreichsten Landes der Welt freizumachen.

Der rigorose "Entweder-Oder-Standpunkt" gegenüber der olympischen Präsenz von Taiwan ist allein noch kein Kriterium, das die 76. IOC-Session im Mai dieses Jahres in Lausanne überzeugen kann. Sicher ist, daß die Sondierungen für einen Kompromiß im Verfahren wieder maßgeblich über die Bundesrepublik Deutschland laufen werden, wo neben sehr intensiven sportpolitischen Kontakten in der Bundeshauptstadt vor allem die westdeutschen IOC-Mitglieder Willi Daume und Berthold Seitz als Vermittler zur Führung des Internationalen Olympischen Komitees fungieren. Unbestritten ist das Interesse der olympischen Weltbewegung an einer umfassenden Mitwirkung der Chinesen. Daran können auch ideologische Kämpfe nichts ändern, wie sie zwischen Moskau und Ost-Berlin einerseits und Peking auf der anderen Seite bestehen.

Gegenwärtig lösen wieder Massenaktionen die Verwunderung über "Sport in China" aus. So sind seit einigen Wochen die Chinesen auf den Beinen, um symbolisch 2.500 Kilometer zu absolvieren. Allein in Peking verpflichteten sich 1,7 Millionen Bürger, zur Erinnerung an den "langen Marsch" von Mao Tse-tung, der vor 25 Jahren siegreich endete, die damals bewältigte Strecke von 2.500 Kilometer im Lauf nachzuvollziehen. In Peking wird man sich darauf einstellen müssen, daß es aufgrund des politischen Verhältnisses zwischen dem Mao-Reich und Taiwan im Internationalen Olympischen Komitee kurzfristig keinen "Großen Sprung" zugunsten der Volksrepublik China geben wird.

Ernst Dieter Schmickler
(- / 3.2.1975/ke/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller